



## Nachhaltiges Wirtschaften mit erneuerbaren Ressourcen

Nachhaltiges Wirtschaften mit erneuerbaren Ressourcen  
Bleser: "Bioökonomie ist ein Wachstumsmarkt, der Arbeitsplätze schafft und den Umweltschutz voranbringt"  
Gestern Abend haben in Berlin Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Umweltverbänden über die Chancen und Potenziale von nachwachsenden erneuerbaren Ressourcen diskutiert.  
"Die Energie- und Rohstoffwende ist ohne nachhaltig erzeugte Biomasse nicht machbar", sagte Peter Bleser, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, anlässlich des Parlamentarischen Abends des Bioökonomierates.  
Bereits heute ist die Bioökonomie fester Bestandteil der deutschen Wirtschaft. Die Chemische Industrie bezieht rund 18 Prozent ihrer Rohstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen. Insgesamt macht Bioenergie fast zwei Drittel der erneuerbaren Energieversorgung in Deutschland aus. "Wer zum Beispiel von Erdgas nicht abhängig sein möchte, kann auf nachhaltig erzeugte Bioenergie nicht verzichten", so Bleser weiter. "Wenn uns das Projekt Energiewende gelingen soll, müssen wir bereit sein, die erneuerbaren Energien weiter auszubauen."  
Biomasse ist ein nachwachsender Rohstoff des ländlichen Raumes. Sie ist der einzige problemlos speicherbare erneuerbare Energieträger und kann bedarfsgerecht eingesetzt werden. Dies unterscheidet Biomasse von anderen erneuerbaren Energiequellen.  
Nachwachsende Rohstoffe sind zunehmend auch eine Alternative zum Öl. Mithilfe von Spitzentechnologie ist es heute möglich, vielfältige Produkte herzustellen, die nicht nur ohne Erdöl auskommen, sondern sogar bessere Produkteigenschaften besitzen. Immer mehr Unternehmen setzen bei der Herstellung ihrer Produkte bereits heute auf einen Rohstoffmix aus verschiedenen nachhaltig erzeugten nachwachsenden Ressourcen und haben bereits zahlreiche neue Produkte entwickelt. So gibt es im Handel mittlerweile Trinkwasserflaschen aus pflanzlichen Rohstoffen, aus Rizinusöl werden Kunststoffe für Dübel hergestellt, ein Automobilhersteller fertigt aus diesem Rohstoff Motorabdeckungen an.  
Bioökonomie ist ein Wachstumsmarkt, auf dem sich Deutschland schon jetzt im Spitzenfeld bewegt. "Wir können diese Stellung weiter ausbauen, neue Erfindungen umsetzen, Arbeitsplätze schaffen und zugleich den Umweltschutz voranbringen", sagte Bleser. Mit der Endlichkeit fossiler Rohstoffe und ihren oftmals gravierenden Umweltproblemen wird die Bioökonomie immer wichtiger.  
Der Parlamentarische Staatssekretär betonte: "Wir können das Ziel nur erreichen, wenn es uns gelingt, die Bioökonomie mit der Sicherung der Ernährung, dem Klimaschutz und der Erhaltung der Biodiversität in Einklang zu bringen. Nur dann können wir von einer nachhaltigen Bioökonomie sprechen, die unser Ziel ist".  
Mit der Politikstrategie Bioökonomie hat die Bundesregierung im letzten Sommer einen Meilenstein in Richtung einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Wirtschaft gesetzt - einer Wirtschaft, die mit den endlichen Rohstoffen sorgsam umgeht. Die Strategie setzt auf nachwachsende Ressourcen als Basis für unsere Wirtschaft.  
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)  
Rochusstraße 1  
53123 Bonn  
Telefon: +49 22899 529-0  
Telefax: +49 22899 529-3179  
Mail: [poststelle@bmel.bund.de](mailto:poststelle@bmel.bund.de)  
URL: <http://www.bmel.de>

## Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

53123 Bonn

[bmel.de](http://bmel.de)  
[poststelle@bmel.bund.de](mailto:poststelle@bmel.bund.de)

## Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

53123 Bonn

[bmel.de](http://bmel.de)  
[poststelle@bmel.bund.de](mailto:poststelle@bmel.bund.de)

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist innerhalb der Bundesregierung zuständig für verbraucher- und ernährungspolitische Fragen, die Lebensmittelsicherheit und das Veterinärwesen, den Tierschutz, Regelungen im Bereich der landwirtschaftlichen Erzeugung und der Marktpolitik, Angelegenheiten des ländlichen Raums, der agrarsozialen Sicherung sowie der Forst- und Fischereipolitik.